2 Politik
√iertel

BÜRGERWACHE

Ein riesiges Dankeschön

Anfang April rief die Bürgerwache um Hilfe. Die Lage war dramatisch. Einnahmen aus Nutzungsentgelten von Gruppen oder der vereinseigenen Gastronomie KaffeeWirtschaft brachen komplett weg. Veranstaltungen mussten abgesagt werden. Der beliebte Tausch- und Trödelmarkt auf dem Siegfriedplatz war nicht mehr möglich, der Bestand des Stadtteilzentrums massiv gefährdet.

Doch jetzt – zum Ende des Jahres – ist der Verein doch nicht pleite. Vielmehr denken die Aktiven des Vereins über mögliche Angebote für das kommende Jahr nach.

»Die Spendenkampagne hat alle unsere Erwartungen übertroffen,« sagt Maria Eikermann, Vorstandsfrau der Bürgerinitiative Bürgerwache. »Im Namen aller möchte ich ein riesiges Danke sagen! Eine fünfstellige Summe ist zusammengekommen, das ist eine großartige Unterstützung.«

»Den zweiten Lockdown könnten wir wohl sonst nicht überstehen. Und wir sind, was die Zukunft angeht, wieder handlungsfähig,« sagt Anna Sümening, Mitarbeiterin des Vereins.

Untätig waren die Hauptamtlichen in den Zeiten der Schließung oder eingeschränkten Nutzung des Zentrums nicht. Anträge über Anträge wurden gestellt. Sei es, um die Verluste auszugleichen oder um für die Zukunft gewappnet zu sein: »Wir planen die Anschaffung von digitaler Kommunikationstechnik für Gruppentreffen und Veranstaltungen, zusätzlich möchten wir mobile Lüftungen in den Gruppenräumen und für zukünftige kulturelle Veranstaltungen anschaffen«, erklärt Anna Sümening. »Ohne die Spenden wäre das nicht möglich gewesen. Förderanträge verlangen immer einen nicht unerheblichen Eigenanteil, den wir nicht alleine hätten aufbringen können«.

Sollten die Förderungen bewilligt werden, kann das Zentrum im kommenden Jahr wieder Gruppen beherbergen und mit der zusätzlicher Digitalisierung bestimmter Angebote einen wichtigen Schritt in die Zukunft machen. Vor Ort mit sicheren Lüftungen und digital mit weiteren BesucherInnen, die sich von zuhause zuschalten können.

Ein Teil der Spenden soll auch ›zurückgegeben werden‹. Für das kommende Frühjahr sind kleinere Konzerte im Freien angedacht. In der Hoffnung, dass auch die ›KaffeeWirtschaft‹ wieder starten kann. ›Unser größter Wunsch ist es, die Tauschund Trödelmärkte wieder möglich zu machen,« meint Maria Eikermann, »aber das liegt nicht in unserer Hand.«

Noch ist das Stadtteilzentrum nicht gerettet, aber die erfahrene Solidarität ermutigt, weiterzumachen.

»Krumen für die Stadt«

Die Initiative BISS bezweifelt das Vorrecht des Bundes auf die ehemaligen Kasernen und fordert von der Stadt mehr Mumm. Von Silvia Bose



Erst der Bund, dann die Stadt Bielefeld. Dieses eherne Gesetz im Konversionsprozess um die zwei ehemaligen britischen Kasernen betonten die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), Baudezernent Gregor Moss und Oberbürgermeister Pit Clausen immer wieder. »Dementsprechend ist die Stadt Bielefeld auch aufgetreten: wie ein Bittsteller um die Krumen, die der allmächtige Bund, vertreten durch die BImA, vom großen Immobilienkuchen übrig lässt«, kritisiert die Bielefelder Initiative für sozialökologische Stadtentwicklung

(BISS). Dabei ließe sich ein Vorrecht des Bundes auf die Kasernen nicht wie stets behauptet vom Bundesbaugesetz ableiten. Die BImA brauche das Einvernehmen der Stadt. »Ihre Position ist signifikant stärker, als bisher von der Verwaltung gegenüber den Bielefelder Bürger*innen und den sie im Rat vertretenden Parteien kommuniziert wurde«, sagt die BISS und geht davon aus, dass sich daraus "auch Chancen ergeben, die Kasernengelände für dringend benötigte städtebauliche Entwicklungen zu sichern«.

Für städtische Planungen gibt es aber angesichts von gleich drei Interessensbekundungen immer weniger Spielraum – jedenfalls, wenn das eherne Gesetz gilt. Die Bundespolizei hätte gern knapp 24.000, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 3.300 und der Zoll 2.500 Quadratmeter. Neben- und Außenflächen kommen noch oben drauf.

Zugriffsrecht ausgehebelt

»Damit hebelt die BImA das Zugriffsrecht der Stadt aus«, erklärt Veronika Rosenbohm, Vorsitzende des Mieterbundes Ostwestfalen-Lippe. »Wir fordern, dass die beiden ehemaligen britischen Kasernengelände vollständig für die Entwicklung von urbanen Strukturen mit einem Fokus auf bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung stehen müssen«.

Dafür stehen die Chancen schlecht. Denn in einer gemeinsamen Erklärung hat Clausen das Vorrecht des Bundes gerade erst anerkannt. Von der BImA gab es im Gegenzug nur wenig. In dem sogenannten Letter of Intent ist viel von »soll« die Rede, von »anstreben«, »möglichst«, »nach Möglichkeit« und von für den Bund »entbehrlichen« Flächen. Die Bundesnutzung ist noch nicht einmal befristet.

Für die BISS ist das viel zu wenig. Die Initiative fordert von der »Politik einen Ratsbeschluss, der unmissverständlich klarstellt, dass die Stadt Bielefeld das Einvernehmen zu den Plänen von Bund und BI-mA verweigert und den Entzug wesentlicher Teile des Stadtgebietes nicht unwidersprochen hinnimmt«.

Volle Kirche, enge Straßen

Anfang 2021 wird die St. Liborius Kirche Heimstatt der ›Katholisch Polnischen Kirchengemeinde‹. Die Nachbarschaft befürchtet ein Verkehrschaos. Von Ulrich Zucht

Ein 20-jähriger Pachtvertrag ermöglicht die Sanierung und zukünftige Nutzung der Kirche in der Meindersstraße durch die polnische Gemeinde.

Im Umfeld der Kirche wird daher mit erhöhtem Verkehrsaufkommen gerechnet. Am bisherigen Standort der polnischen Gemeinde in Stieghorst besuchen bis zu 1.000 Gläubige aus ganz Ostwestfalen die Messen. Deshalb sollen auf dem Gelände 54 Parkplätze eingerichtet werden. Geplant sind bis zu drei sonntägliche Messen. Die Gemeinde möchte, um den erwarteten Zulauf zu bewältigen, die Gottesdienste aufteilen.

Das sorgt für Verstimmung in der Nachbarschaft. Anfang August versammelten sich über 40 AnwohnerInnen vor der St. Liborius Kirche und machten ihrem Unmut Luft. Mehr als 180 Unterschriften wurden seither von einer Anwohnerinitiative gegen das er-

wartete erhöhte Verkehrs- und Parkaufkommen gesammelt.

Die Bezirksvertretung Mitte (BZV) hat sich Mitte August mit dem Thema befasst. In der Sitzung wurde deutlich, dass die Verwaltung wenig Handlungsspielraum sieht. Der geltende Bebauungsplan erlaube die Parkplatzausbaupläne und das erhöhte Verkehrsaufkommen trete nur zeitlich befristet auf.

Dem Verkehrskonzept zuwider

Die politisch Verantwortlichen in der BZV schätzten dies parteiübergreifend anders ein. Die Pläne der Kirchengemeinde laufen dem neuen »Verkehrskonzept Bielefelder Westen«, welches den Autoverkehr reduzieren soll, zuwider. Dieter Gutknecht (Grüne) und Peter Ridder-Wilkens (Linke) beklagten,

dass die Verwaltung es versäumt hat, Gespräche mit der Kirchengemeinde zu führen. »Mit jedem Investor wird das gemacht«, sagt Gutknecht. Frederik Suchla (SPD) drängte darauf, die Pläne in das neue Verkehrskonzept mit einzubinden.

Die BZV beschloss einstimmig, für den Bereich ein Verkehrsgutachten zu erstellen, Dies soll in das bestehende Verkehrskonzept Bielefelder Westen mit einfließen. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit dem Erzbistum als Pächter und der Polnischen Gemeinde Gespräche zu führen.

Die Anwohnerinitiative will darauf nicht warten. »Wir werden in den nächsten Wochen das Gespräch mit den Kirchenvertretern suchen und unsere Bedenken vortragen«, sagt Norbert Pohl von der Initiative.





